

-Es gilt das gesprochene Wort-



Rede zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2025

Liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates!

„Was kommt da noch alles auf uns zu?“ Eine Frage die sich viele Menschen in unserer Gemeinde, in unserem Land und weltweit stellen. Die Wahl von Donald Trump in den USA und das geräuschvolle Aus der unglücklichen Ampel-Koalition in Berlin haben uns gezeigt, wie tief die Unsicherheiten und das Misstrauen gegenüber der Politik verwurzelt sind. In Deutschland erleben wir, wie das Ränkespiel etablierter Parteien das Vertrauen weiter beschädigt und Populisten davon Profit schlagen.

Die Herausforderungen sind nicht weniger geworden – im Gegenteil:

- Die globale Inflation und steigende Kosten für Wohnen und Energie belasten Familien und Unternehmen gleichermaßen.
- Die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten werfen dunkle Schatten auf Europa.
- Der Klimawandel zeigt seine Folgen immer spürbarer.
- Unkontrollierte Migration und erstarkender Extremismus, gepaart mit antisemitischen Tendenzen, stellen unsere Gesellschaft vor schwere Prüfungen.

Viele fragen sich: **Wer hat die besseren Antworten? Wer gibt Orientierung?**

Der Blitzwahlkampf um den Einzug in den Deutschen Bundestag gibt den Parteien Gelegenheit, Perspektiven zu bieten, damit sich die Bürger eine eigene Meinung bilden und das verlorene Vertrauen zurückgewinnen können. Das Misstrauensvotum und die damit angesetzten Neuwahlen waren längst überfällig und haben der Erholung unserer Wirtschaft viel Zeit gekostet. Bleibt zu hoffen, dass mit einer starken neuen Bundesregierung auch die Unternehmen bestärkt werden, zu investieren und dass Deutschland aus dem Keller der wirtschaftlichen Entwicklung wieder ins Oberhaus der EU-Staaten aufsteigt. Nur mit einer soliden Wirtschaftskraft sind auch die gesellschaftlichen Herausforderungen zu stemmen.

Es ist verständlich, dass Menschen frustriert sind und sich von staatlichen Institutionen im Stich gelassen fühlen. Zu lange wurden Probleme vertagt, während

die Bürger oft unzureichend oder gar nicht über Entscheidungen informiert wurden. Das Resultat: ein wachsendes Misstrauen und ein Zulauf zu radikalen Parteien, die unsere Demokratie gefährden. Das geht bis in die Kommunen und macht auch vor Heiden nicht Halt.

Es ist auch an uns, unseren Bürgern glaubhaft und ehrlich Rede und Antwort zu stehen und Orientierung zu geben. Nur so funktioniert Demokratie, auch wenn die Aussichten mal nicht so rosig sind. Als UWG-Fraktion haben wir im Rat stets ein Auge darauf und oft auch den Finger in der Wunde- auch, wenn es manchmal weh tut. Meist geht es um das liebe Geld, dass man eher ausgeben möchte, als, dass man es für schlechte Zeiten an die Seite legt. Damit komme ich zu unseren Heidener Finanzen.

Der Haushalt für 2025 – ein Haushalt der Verantwortung

Bei unseren Haushaltsberatungen war wieder einmal ernüchternd, dass die Gemeinde Heiden nur 30 % des Gesamthaushalts selbst bestimmen kann. 70 % werden von außen bestimmt. So ist der Spielraum für eine Gemeinde eigentlich nur winzig. Trotzdem, oder vielleicht auch gerade darum, ist eine solide und vorausschauende Haushaltspolitik wichtig. Die Einnahmenprognosen sinken, während die Kosten steigen.

- 35 Städte und Gemeinden in NRW (9,7 %) müssen 2024 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen.
- Bis Ende 2024 werden 83 Kommunen keine Ausgleichsrücklage mehr haben.
- 9 Kommunen sind bereits überschuldet, und bis 2027 könnten fünf weitere hinzukommen.

Die kommunalen Finanzen sind dauerhaft in Schieflage, und die finanziellen Reserven vieler Städte und Gemeinden werden bald aufgebraucht sein. Auch in Heiden spüren wir diese Entwicklungen deutlich. Obwohl Heiden aktuell noch vergleichsweise gut da steht, sehen wir die Gefahr, dass wir langfristig ebenfalls in diese schwierige Lage geraten. Diese Entwicklung muss sofort gestoppt werden.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und der Kreis Borken finanzieren sich größtenteils über Umlagen, die von den angeschlossenen Städten und Gemeinden gezahlt werden. Während viele Kommunen Einsparungen vornehmen, Aufgaben umstrukturieren und ihre Mitarbeitenden stärker belasten, scheinen diese Umlageempfänger keinerlei Grenzen zu kennen. Reichen die Gelder nicht aus, wird die Umlage einfach erhöht.

Der LWL plant 1000 neue Stellen in den nächsten vier Jahren. Dabei wirbt er aktiv Personal von Kommunen ab und wird dadurch zu einer ernsten Konkurrenz für die Städte, die ihn finanzieren.

Im Haushaltsentwurf des Kreises Borken steigen die Umlagegrundlagen um 42

Millionen Euro – eine Erhöhung von 6,36 %. Das liegt deutlich über dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen.

Vor diesem Hintergrund reicht es nicht, wie in jedem Jahr, dem Landrat einen Brandbrief der Kommunen zu schicken, der im Kreishaus ohne weitere Ambitionen zur Kenntnis genommen wird. Die UWG hat daher im HFA gefordert, dass sich der Kreis und das LWL nun gleichermaßen, selbstkritisch mit dem eigenen Haushalt auseinandersetzen und umlagesenkende Einsparungen generieren.

Wir sind den anderen Fraktionen dankbar, dass sie sich unserer Forderung angeschlossen haben und wir als Gemeinde Heiden klar und deutlich formuliert haben, dass die gegenwärtige Höhe der Kreisumlage nicht länger tragbar ist. Der Kreis Borken wurde vom HFA einstimmig zu einem aktiven Handeln zur Haushaltskonsolidierung, und damit zu einer spürbaren Entlastung der Kommunen aufgefordert. Wir sind uns einig, dass die von Heiden aufgebrauchten Mittel zielgerichteter, genauer und effektiver eingesetzt werden müssen. Bequeme Doppelstrukturen und unzählige Personalaufstockungen müssen aufgegeben werden.

Mit der beschlossenen Forderung von generellen Kürzungen der Ausgaben des Kreises von 2 %, der sogenannten „globalen Minderausgabe“, haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die uns würgende Kreisumlage locker um 1- 1,5 % senken könnte. Damit hätten wir mehr Spielraum für unsere eigenen Heidener Vorhaben bzw. können die Heidener entlasten. Wir müssen die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung mehr nutzen. Dazu gehört es auch, die Umlagen und Auflagen des Kreises zu hinterfragen, wie es uns Bau- und Kommunalministerin Ina Scharrenbach bei ihrem letzten Besuch anlässlich der Übergabe der bewilligten Städtebaufördermittel am letzten Samstag im Heimathaus mit auf den Weg gegeben hat.

Die max. förderfähigen 10,4 Mio. für die Entwicklungen im Ortskern, für Pfützenhausen, den Rathausplatz West und die Velener Str. winken verlockend. Dabei darf nicht vergessen werden, dass 60 % der Investitionssummen von der Gemeinde Heiden erbracht werden. Um nicht missverstanden zu werden, wir sind dankbar für die dazu von Politik und Verwaltung und im Rahmen der Bürgerbeteiligung gegangenen Wege.

Wir freuen uns nun die Früchte ernten zu dürfen, damit sich der Ort zeitgemäß weiter entwickeln kann und Perspektiven, gerade für junge Familien bietet. Dennoch mahnen wir, sich die nötige Zeit für die priorisierten Projekte zu nehmen und nicht in eine Art Turbo zu verfallen, der die Gemeindefinanzen an den Rand der Möglichkeiten treibt, bzw. mit der Ausgleichsrücklage spielt, die nur zu schnell schmelzen kann.

Mit dem Haus der Begegnung sind wir seinerzeit auf die Fördergelder hereingefallen, ohne die Folgekosten nachhaltig eingeplant zu haben. Für die freiwilligen und angenehmen Leistungen, wie neben dem Haus der Begegnung, dem HeidenSpasbad und der Westmünsterlandhalle leisten wir uns jedes Jahr 1 Mio. Betriebskosten, die dem Haushalt für sonstige Projekte oder Kostenreduzierungen fehlen.

Wenn es der Gemeinde Heiden dauerhaft gut ginge, wäre ja daran auch nichts auszusetzen, aber die Zeiten eines ausgeglichenen oder soliden Haushalts sind auch für Heiden nicht immer in der Zukunft zu erwarten.

Die negativen Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich spiegeln sich aktuell vor allem bei den Gewerbesteuereinnahmen noch nicht wider. Da die Gewerbesteuer aber immer etwas zeitverzögert reagiert, ist ein Einbrechen ab dem nächsten Jahr zu erwarten. Bund und Länder werden diese vorhersehbaren Einnahmeausfälle, egal wer an der Regierung ist, nicht kompensieren. Daher müssen die Einnahmeerwartungen zwingend sehr konservativ eingerechnet werden. Ein kleiner Lichtblick kommt aus Düsseldorf, was die Kosten für die Unterbringung Geflüchteter angeht. Allerdings stimmt mich die Situation in Syrien mehr als bedenklich, was die Lage dort, aber auch einen möglichen Zustrom von Flüchtlingen, angeht.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die globale Situation in den kommenden Jahren wieder verbessert, dadurch Stabilität zurückkehrt und auch die Kommunen entlastet werden.

Dank in die Zukunft ausgerichteter Projekte und wegweisender Entscheidungen, beispielsweise die Gründung der Gemeindewerke und die moderaten und stetigen Maßnahmen der Dorfentwicklung, wie auch der Bau zum Vollsortimeter im Jahr 2025/2026 oder ganz allgemein zur Klimaanpassung und erneuerbaren Energien sind wir in Heiden gut gerüstet.

Unser Dank geht daher in erster Linie an Bürgermeister Dr. Patrick Voßkamp und den Kämmerer Michael Drews für die geleistete Arbeit und die Aufstellung eines soliden Haushalts. Unserem Bauamtsleiter und seinem Team kommen ebenfalls ein großes Lob zu, auch wenn die Herausforderungen in seinem Fachbereich die größten Anstrengungen der nächsten Jahre mit sich bringen dürfte.

Heute haben wir die letzten Haushaltsreden in der laufenden Ratsperiode gehört. Den nächsten Haushalt werden wir in der Übergangsphase besprechen und vom neuen Rat beschließen lassen. 90 Prozent aller Beschlüsse im Rat der Gemeinde Heiden wurden einstimmig getroffen. Der eine oder andere Antrag wurde mehrheitsfähig besprochen und verabschiedet. Daher möchte ich mich auch bei den Kollegen in den anderen Fraktionen bedanken und hoffe, dass uns der Bundestagswahlkampf in Heiden nicht einholt und unsere Diskussionen stets sachlich bleiben.

Lassen Sie uns durch vertrauensvolle und immer ehrliche Politik Heiden weiter nach vorne bringen. Die UWG stimmt der Haushaltssatzung 2025 nach eingehenden Beratungen zu!

Michael Theisen

-Stellv. Vorsitzender der UWG-Fraktion im Rat der Gemeinde Heiden-